

Härtel, Hans-Hagen

**Article — Digitized Version**

## Warnung vor neuen Illusionen

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Härtel, Hans-Hagen (1991) : Warnung vor neuen Illusionen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 10, pp. 486-487

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136802>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Warnung vor neuen Illusionen



Hans-Hagen Härtel

**D**as erste Jahr nach der Wiedervereinigung war eine Phase starker Desillusionierung, und zwar nicht nur bei den neuen, sondern auch bei den alten Bundesbürgern. Dabei ist die wirtschaftliche Bilanz in den neuen Bundesländern keineswegs negativ, wenn man als Maßstab nicht die ursprünglichen Erwartungen heranzieht, sondern das, was – nach der inzwischen vorhandenen Kenntnis über die Probleme der Systemtransformation – als erreichbar anzusehen ist. Um die bisherige Entwicklung angemessen beurteilen zu können und um der Gefahr einer nationalen Nabelschau zu entgehen, sollten die Bundesbürger gelegentlich einen Blick über die Grenzen auf die Länder werfen, die den Übergang zur Marktwirtschaft auf sich allein gestellt vollziehen müssen.

Bei diesem Vergleich wird deutlich, daß die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion der ehemaligen DDR einen beträchtlichen Vorsprung gegenüber den früheren sozialistischen Partnerländern verschafft hat, und zwar sowohl gegenüber der vergleichbar industriell entwickelten Tschechoslowakei als auch gegenüber Polen und Ungarn, die mit der Systemtransformation sehr viel früher begonnen hatten. Die Einführung einer stabilen Währung ersparte den Irrweg über einen inflationären Prozeß, und die Übernahme der politischen und wirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik bescherte die für das Funktionieren einer Marktwirtschaft notwendigen Institutionen, die in den anderen Ländern erst mühsam entwickelt werden müssen.

Geradezu beeindruckend fällt der Vergleich zugunsten der neuen Bundesländer hinsichtlich der Anhebung des Lebensstandards aus: Die Versorgung mit Konsumgütern hat sich beträchtlich verbessert, die Ost-West-Telefonverbindungen funktionieren inzwischen, die Sanierung der Bausubstanz wurde in Angriff genommen, und die Einkommen sind in beispiellosem Ausmaß gestiegen; in der Bauwirtschaft haben sich die Verdienste binnen Jahresfrist sogar verdoppelt. Dieser Fortschritt wurde allerdings nicht durch produktive Leistung in den neuen Bundesländern erzielt, sondern durch Transfers aus den alten Bundesländern. In diesem Jahr ermöglicht ein Kapital- und Finanztransfer von nahezu 150 Mrd. DM den neuen Bundesbürgern, ihre Ausgaben für den Konsum, für Staatsleistungen und für Investitionen in den privaten und öffentlichen Kapitalstock um schätzungsweise ein Viertel zu steigern, während das in den neuen Bundesländern erwirtschaftete Einkommen (das nominale Bruttoinlandsprodukt) um rund ein Zehntel zurückgehen wird.

Die Entwicklung von Produktion und Beschäftigung ist es auch, bei der die ostdeutsche Wirtschaft erheblich schlechter abschneidet. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte in den Jahren 1990 und 1991 insgesamt um rund ein Drittel gesunken sein. Allerdings verdichten sich die Anzeichen dafür, daß die Talsohle nun endlich erreicht ist und daß ausgehend von einer kräftigen Belebung der Baukonjunktur die gesamtwirtschaftliche Produktion wieder steigen wird. Man könnte daraus den Schluß ziehen, daß in den neuen Bundesländern zwar der wirtschaftliche Zusammenbruch schärfer und schneller eingetreten ist, daß dafür aber auch die wirtschaftliche Erholung früher erfolgt und nachhaltiger sein wird als in den Vergleichsländern. Ein derartiger Optimismus ist allerdings nicht gerechtfertigt.

Der Vorsprung der ehemaligen DDR gegenüber den früheren Partnerländern bei der Verbesserung der Güterversorgung und der Realeinkommen basiert auf der durch den Staatsvertrag vereinbarten und durch den Beitritt in die Bundesrepublik vollendeten Sozialunion. Mit der Sozialunion bilden die Bundesbürger eine Solidargemeinschaft, in der ein durch die Produktivitätsunterschiede bedingtes Wohlstandsgefälle auf dem Wege des Finanzausgleichs und durch Einkommenstransfers eingeebnet wird. Der augenblickliche Vorteil kann jedoch langfristig zu einem Nachteil werden, wenn die Einkommen so rasch oder in der Weise angeglichen werden, daß sich die Anreize für Arbeitnehmer und Unternehmen mindern, die Subventionierung der Einkommen gering zu halten und bald überflüssig zu machen.

Obwohl diese Gefahren selbst dem Mann auf der Straße einsichtig sind, haben die verantwortlichen Politiker und Tarifparteien sie aus den Augen verloren. Insbesondere die Entscheidung, die Tariflöhne ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft innerhalb von vier Jahren an das westdeutsche Niveau heranzuführen, bedeutet – man kann dies nicht oft genug wiederholen – eine schwere Hypothek für die Zukunft, die auch nicht mit dem Hinweis leichter wird, daß mit den bisher vereinbarten Tarifverträgen die Effektivlöhne der ostdeutschen Arbeitnehmer nur 80% der Westlöhne erreichen. Denn zum einen drängen die Gewerkschaften, wie die Beispiele der Bauwirtschaft und des öffentlichen Dienstes zeigen, noch auf eine Beschleunigung der Lohnangleichung. Zum anderen geht die Lohnvorgabe weit über die Produktivitätssteigerungen hinaus, die von Ökonomen für realistisch gehalten werden. Das ostdeutsche Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) glaubt, daß die Arbeitsproduktivität in den neuen Bundesländern erst in zehn Jahren 80% des westdeutschen Niveaus erreichen wird.

Eine solche Diskrepanz zwischen Lohn- und Produktivitätsentwicklung ist jedoch aller Erfahrung nach nicht durchzuhalten. Entweder werden die Löhne an die Produktivität oder die Produktivität an die Löhne angepaßt. Die zweite Alternative bedeutet allerdings, daß die Freisetzung von Arbeitskräften durch Rationalisierung oder Schließung unrentabler Betriebe noch verschärft wird und daß ein erheblicher Teil der Erwerbssuchenden in den neuen Bundesländern keinen Arbeitsplatz finden wird. Bislang haben 3 Mill. der knapp 10 Mill. Arbeitskräfte ihren Arbeitsplatz verloren. Nur eine Million davon sind als arbeitslos registriert, die übrigen sind in Qualifizierungsmaßnahmen, haben sich aus dem Erwerbsleben zurückgezogen, sind in den vorzeitigen Ruhestand gegangen oder haben in Westdeutschland Beschäftigung gefunden. Der bisherige Rückgang der Beschäftigung blieb jedoch noch hinter dem Produktionsrückgang zurück, das heißt, die Arbeitsproduktivität ist bislang nicht gestiegen, sondern gesunken.

Ein hoher Beschäftigungsgrad kann auch nicht allein durch eine Beschäftigungsexpansion des Dienstleistungssektors und der Bauwirtschaft erreicht werden, zumal die Belegschaften dort ebenfalls stark überbesetzt sind, insbesondere in den Verwaltungsbereichen. Notwendig ist vielmehr auch die Gesundung der industriellen Basis. Diese ist aber noch lange nicht in Sicht. Bislang haben die Unternehmen damit zu tun, verlorenes Terrain auf den angestammten Märkten zurückzugewinnen. Die ohnehin bescheidenen Lieferungen in die westlichen Länder sind dagegen inzwischen niedriger als vor der Einführung der Währungsunion. In diesem Sektor, der am meisten der internationalen Konkurrenz ausgesetzt ist, schlagen die Standortnachteile der neuen Bundesländer am stärksten durch. Es spricht einiges dafür, daß die osteuropäischen Länder, bei denen überzogene Kostensteigerungen durch Abwertung der Währung neutralisiert werden können, demgegenüber an Standortqualität gewinnen. Dort werden Löhne nach westlichem Standard zwar später als in den neuen Bundesländern gezahlt, dafür aber mehr Arbeitskräfte Beschäftigung finden.

Es besteht die Gefahr, daß die nun absehbare Trendwende in der gesamtwirtschaftlichen Produktion bei den Politikern und Bürgern erneut die Illusion hervorruft, daß nun die Weichen für die Lösung der Arbeitsmarktprobleme gestellt seien. Auch die Gelder, die für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in oder außerhalb von Beschäftigungsgesellschaften ausgegeben werden, lindern diese Probleme nicht. Möglicherweise erweisen sie sich sogar als Sackgasse, weil bei ihnen die Anreize zu produktiver Tätigkeit fehlen.